

Demokratie mit der Brechstange

Nach der allgemeinen Ratlosigkeit im letzten Brief hat sich die politische Situation in Bolivien kaum geklärt. Die Fronten haben sich eher verhärtet, und dem demokratischen Prozess der Umgestaltung und Regionalisierung wurde mit der „Brechstange“ nachgeholfen.

Kurz vor Weihnachten wurde die Vorlage einer neuen Staatsverfassung von einer Mehrheit der verfassungsgebenden Versammlung bei einer Nacht- und Nebelaktion in Rekordzeit verabschiedet. Zugleich machte sich die Opposition, vor allem die reicheren Departemente des Ostens des Landes, daran, ihre eigenen Autonomiestatute durch zu pauken, ganz im Gegensatz zu dem von der gültigen Verfassung rechtlich abgesicherten Vorgehen.

Hüben wie drüben Verletzungen der Gesetzlichkeit und eine auf Muskelspiel, Drohungen und Erpressungen basierte „Demokratie“. Beide Seiten werfen einander ungesetzliches Verhalten vor und bezichtigen die Gegenseite, nicht nur die Demokratie, sondern auch die Einheit des Landes aufs Spiel zu setzen.

Nach verschiedenen Dialogrunden, die eigentlich nichts Wesentliches gebracht haben, verabschiedete das Parlament dann Ende Februar den Fahrplan für die Referenden: zu einem Artikel der neuen Staatsverfassung über den Grossgrundbesitz (darf jemand maximal 10.000 oder 5000 Hektaren Land besitzen?); zur neuen Staatsverfassung insgesamt; zu den Autonomiestatuten in drei Departementen (Santa Cruz, Tarija und Cobija). Das Parlament tagte, während draussen militante Anhänger der Regierung zwei Parlamentarier der Opposition den Zugang verweigerten. Drinnen wurde die Opposition mundtot gemacht und der Abstimmungstermin auf den 4. März festgelegt.

Schon bald darauf erklärte die oberste Wahlbehörde sowohl das von der Regierung geplante Referendum wie auch die Volksbefragung zum Autonomiestatut der drei erwähnten Departemente als unzulässig, vor allem aus terminlichen und formalen Gründen. Beide Seiten halten bis jetzt an ihren Plebisziten fest.

Eine andere Art von Demokratie?

Es ist klar, dass es sich um einen Machtkampf zwischen der „alten“ wirtschaftlichen und politischen Elite des Landes und der Regierung handelt, welche die übergrosse Mehrheit der Jahrhunderte lange ausgeschlossenen indigenen und verarmten Mehrheit des Volkes vertritt. Und in diesem Kampf um die Vorherrschaft scheinen alle Mittel erlaubt zu sein.

Während die Regierung und die sozialen Bewegungen um jeden Preis versuchen, die neue Staatsversammlung durchzupeitschen, setzen die Oligarchien des Ostens alles daran, möglichst bald eine Autonomie zu erringen, die vor allem auf den Bodenschätzen und der relativ blühenden Wirtschaft in diesen Teilen beruht. Eine auf regionalem Egoismus sich abstützende Autonomie. Die unlauteren Mittel der Opposition: massive Manipulation durch die Massenmedien; „Kauf“ von Stimmen und Einschüchterung von Gegnern; Durchpeitschen von gesetzeswidrigen Autonomiestatuten; massiv zugenommener Rassismus (gegenüber den HochlandbewohnerInnen aus dem Westen, die eine dunklere Hautfarbe haben); wirtschaftliche Erpressung; Sezessionsbestrebungen. Die unlauteren Methoden der Regierung: Benutzen der Mehrheit im Kongress, um die eigenen Projekte ohne Debatte und im Schnellverfahren durch zu bringen; Zulassen von massivem Druck und Einschüchterung der Gegner durch die Volksbewegungen; Verletzungen von Gesetzesnormen, vor allem im Sinne von Verfahren und Formalitäten.

Obwohl die Regierung und der Kongress (etwas anderes ist der Senat) noch immer die absolute Mehrheit besitzen, scheint im Moment eine Demokratie, die auf Mehrheitsentscheiden beruht, nicht möglich zu sein. Ziviler Ungehorsam auf beiden Seiten und ein starkes Misstrauen verhindern, dass eine von der „Kolonie geerbte Demokratie“ überhaupt zum Tragen kommt. Die neue Staatsverfassung sieht deshalb eine Art „gestufte“ Demokratie vor, bei der die uralten Gebräuche der indigenen Bevölkerung gleichermassen zum Zuge kommen wie die formale Demokratie nach westlichem Muster.

Vordergründe und Hintergründe

Für viele dürfte es inzwischen klar sein, dass es nicht einfach um einen „Machtkampf“ zwischen zwei Regionen geht, sondern um ein Ringen um ein neues Modell von Gesellschaft und Staat, nachdem das

alte während über 180 Jahren nur soziale Ausgrenzung, Ungleichheit und Reichtum für einige wenige gebracht hat. Dass sich die politische Opposition vorwiegend im Osten des Landes zusammengefunden hat, hat zunächst einmal einfach mit der Konzentration des nationalen Reichtums in diesen Teilen des Landes zu tun. Im östlichen Tiefland befinden sich nicht nur die Erdgas- und Erdölvorkommen, sondern auch die fruchtbaren ausgedehnten Ländereien, die Monokulturen und Viehzucht im grossen Stil erlauben. Fast alle Vertreter der politischen Opposition sind Grossgrundbesitzer, Medienmagnaten, Teilhaber der multinationalen Konzerne und Rohstoffhändler. Daneben gibt es natürlich auch im Osten ein Heer von Arbeitslosen, Landlosen, zugewanderten Hochlandbewohnern, indigene Völker und verarmte Familien.

Santa Cruz, die unerklärte Hauptstadt des „Halbmonds“ (die östlichen Departemente), ist in Form von konzentrischen Ringen gebaut. In den innersten drei Ringen wohnen die Weissen und Mestizen, und vom vierten bis neunten oder zehnten Ring dehnen sich die Elendsviertel aus, meistens bewohnt von aus dem Hochland zugezogenen dunkelhäutigen Menschen (Qollas), die sich im Überlebenskampf hier niedergelassen haben. Sie wagen es nicht, sich politisch zu äussern und erklären dir nur unter vorgehaltener Hand, mit dem Vorgehen der Elite nicht einverstanden zu sein. In den Massenmedien wird die Hysterie der Autonomiebestrebungen und damit auch der Rassismus gegenüber den Qollas geschürt.

Im westlichen Hochland wiederum wird der Hass gegenüber der „reichen Elite“ des Ostens geschürt und damit eine ganze Region in einen Topf geworfen. Für die sozialen Bewegungen und die indigenen Völker scheint jetzt endlich ihre Stunde gekommen zu sein, die man um keinen Preis unbenutzt vorübergehen lassen sollte. Tatsächlich hat die grosse Mehrheit der BolivianerInnen Ende 2005 alles auf die Erneuerung der Bewegung um den Staatspräsidenten Evo Morales gesetzt. Die Opposition verkehrte während Monaten in einer Art Schockzustand, weil sie zu politischen Zuschauern verurteilt wurde und ihre Vormachtstellung verloren hatte. Inzwischen hat sie sich vom Schlag erholt und holt zum Gegenschlag aus, unter anderem auch möglich durch verschiedene Unterlassungen und unkluge Entscheide der Regierung.

Galoppierende Inflation

Die Regierung hat mit einer noch ganz anderen Art von „Opposition“ zu kämpfen. Seit rund einem halben Jahr zieht die Inflation an. 2007 schloss mit einem Index von 11.3 % und lag damit weit über den Jahresdurchschnitten der Vorjahre und der umliegenden Länder. Aber damit ist es noch nicht getan: Man schätzt, dass die gesamte Inflation der ersten drei Monate dieses Jahres bereits das Jahresergebnis des letzten Jahres erreichen wird. Die Inflation für 2008 wurde von der Regierung zuerst auf 8% festgesetzt, später auf 12% erhöht. Experten meinen, dass die Inflation 2008 gegen 30% erreichen wird.

In den letzten Wochen sind die Preise praktisch aller Grundnahrungsmittel im Schnitt um 20 bis 30% gestiegen. Grade gestern wurde ein Liter Milch von Bs. 4.30 auf 5.00 angehoben, und das Brot blieb zwar beim alten Preis, dafür wurde das Gewicht um ein Drittel gekürzt. Wegen den grossen Überschwemmungen von Januar und Februar in weiten Teilen des flachen Tieflands, stieg der Fleischpreis um 50 bis 70%, was wiederum Erhöhungen anderer Lebensmittel zur Folge hatte.

Die Menschen müssen den Gürtel enger schnallen, da die Löhne nicht gestiegen sind und ein Ausgleich der Inflation in weiter Ferne liegt. Auch das Dekret der Regierung, die Betrieben müssten ihre Löhne um mindestens 10% anheben, verhallten ohne Wirkung. Da zeigt sich denn auch, wer die wahre Macht im Land hat.

Die Unruhe im Volke nimmt zu, und allmählich murt das Volk gegen Evo, wie dies das Volk Israel in der Wüste gegenüber Moses getan hat. Einige Stimmen munkeln, dass die Lebensmittel von den Hauptproduzenten des Ostens künstlich verknappt werden, um die Regierung in die Knie zu zwingen.

Die Kirche als Vermittlerin

Vor ein paar Tagen wurde die Katholische Kirche von beiden Seiten des Konflikts als Vermittlerin angefragt worden, wie dies schon oft in der Geschichte Boliviens der Fall war. Die Kirche steht bei der Bevölkerung mit grossem Abstand an der Spitze der Institutionen, in die man am meisten Vertrauen hat. Damit aber lässt die Kirche auch wieder eine Gelegenheit aus, sich pointiert und

prophetisch zu äussern, auch wenn dadurch die wirtschaftliche und politische Elite verärgert oder gar als neuer Feind gewonnen wird.

Beide Seiten haben inzwischen bekannt gegeben, dass sie nur unter bestimmten Bedingungen in diesen von der Kirche „moderierten“ Dialog treten werden. Eigentlich bewegt sich an den Fronten nichts, und es wäre nicht das erste Mal, dass die Kirche eine schlechte Figur machen sollte, weil sie ihre Existenz mit keiner der beiden Parteien verderben möchte. Es wird nicht einfach sein zu verhindern, von einer oder anderen Seite über den Tisch gezogen zu werden.

Währenddessen darbt das Volk und sucht Wege, das Überleben irgendwie zu sichern. Die politischen Ränkespiele und die Taktiken von Brechstange und Manipulation werden von der grossen Mehrheit der Bevölkerung mit zunehmendem Missmut beobachtet. Eine Verbesserung ihrer Lebenssituation ist trotz Dialog und neuer Staatsverfassung nicht zu erwarten, denn vom Papier und von Worten hat niemand gegessen.